

Legislaturprogramm

2025 – 2028

Grünliberale Partei Aargau

Vorwort

Liebe Grünliberale, liebe Aargauerinnen und Aargauer

Die Grünliberalen wollen Verantwortung übernehmen und den Aargau mitgestalten. Damit dies nicht ein leeres Versprechen bleibt, haben wir in neun Themenfeldern konkrete Ziele gesetzt, welche wir in den kommenden Jahren erreichen wollen. Unser Legislaturprogramm zeigt auf, wo wir Akzente setzen wollen und macht unsere Politik für unsere Wählerinnen und Wähler greifbar und verbindlich.

Gleichzeitig wollen wir auch offen sein für Rückmeldungen aus der Bevölkerung, neue Entwicklungen, oder Erkenntnisse aus der Wissenschaft. Wir wollen auch in Zukunft aufmerksam bleiben und auf neue Entwicklungen und Aktualitäten reagieren.

Oberstes Ziel bleibt dabei, den Aargau erfolgreicher, lebenswerter, aber gleichzeitig auch umweltfreundlicher zu machen. Wir freuen uns, die Zukunft des Aargaus zu gestalten.

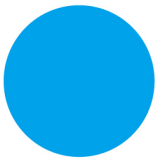
Fraktionspräsident GLP Aargau

Präsident GLP Aargau



Inhaltsverzeichnis

Energie	4
Umwelt- und Klimaschutz stärken	6
Verkehr & Raumplanung	8
Gesundheitswesen	10
Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung	12
Steuern & Finanzen	14
Bildung	16
Vereinbarkeit von Familie & Beruf	18
Asylwesen und Integration	19



Energie

Der Energiekanton soll die Wende schaffen

Um den Klimawandel in den Griff zu kriegen und die negativen Folgen zu beschränken, brauchen wir ein Umdenken bei der Nutzung von Energie. Fossile Brenn- und Treibstoffe sind für zwei Drittel der Treibhausgase verantwortlich. Der Kanton ist dabei für den Gebäudebereich zuständig, der rund 25% der Treibhausgase verursacht.

Die Dekarbonisierung ist Voraussetzung für die Erreichung der Klimaziele. Die Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas muss gestoppt werden. Das bedeutet, dass Verbrennungsmotoren im Verkehr durch Elektromotoren und fossile Heizungen durch Wärmepumpen oder Anschlüsse an erneuerbar beheizte Fernwärmenetze ersetzt werden müssen.

Für die zunehmende Elektrifizierung ist darauf zu achten, dass die Strominfrastruktur diese Aufgabe intelligent und kostengünstig übernehmen kann. Auf Verbrauchsseite müssen wir lernen, dass Strom effizient und vor allem dann genutzt wird, wenn es genügend von ihm gibt. Auf der Produktionsseite muss die Fotovoltaik nebst der Wasserkraft zur tragenden Säule ausgebaut und die Versorgungssicherheit mit dem Ausbau von Speichern und mit einem Stromabkommen mit der EU gesichert werden.

Langfristig fahren wir so günstiger, schaffen mehr lokale Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze und werden unabhängig von Ländern, die nicht mit unseren westlichen, demokratischen Standards mithalten wollen.

Gebäude erneuerbar heizen

Der Umbau der bestehenden fossilen Heizungen auf erneuerbare Energien ist der wichtigste und einfachste Baustein auf dem Weg zu Netto-Null. Der Gebäudepark ist mit 26% der zweitgrösste und gleichzeitig am einfachsten reduzierbare CO₂-Verursacher. Wir fordern ein Verbot für Öl- und Gasheizungen beim Ersatz und eine Sanierungspflicht bis 2040.

Energie effizient nutzen

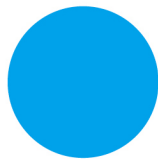
Die Gebäudehüllen müssen in Zukunft höchste Effizienzstandards einhalten. Nur so kann, insbesondere im Winter, mit Strom sparsam umgegangen werden. Für elektrische Widerstandsheizungen fordern wir aus dem gleichen Grund eine Sanierungspflicht. Um energetische Sanierungen im Bestand zu fördern, soll anstelle von Subventionen eine höhere Ausnutzungsziffer zugestanden werden. So können sowohl der ökologische Ausbau als auch das verdichtete Bauen gefördert werden. Die Stromverbraucher sollten intelligent und steuerbar sein, damit vor allem dann Strom genutzt wird, wenn viel vorhanden ist.

Elektrifizierung der Mobilität

Der Kanton soll wo immer möglich den Einsatz der Elektromobilität fördern. Für Neubauten und Sanierungen soll die Vorbereitung für den Einbau der Ladeinfrastruktur Pflicht sein. Bei der eigenen Fahrzeugflotte soll der Kanton in seiner Vorbildfunktion sämtliche Fahrzeuge bis 2035 auf Elektroantrieb umstellen.

Erneuerbare Energien ausbauen

Nebst einfachen regulatorischen Verfahren für erneuerbare Energieanlagen soll eine Pflicht zum Bau von Fotovoltaikanlagen für neue und zu sanierende Dächer eingeführt werden. Die beiden Energiekonzerne des Kantons, die aew und die Axpo, sollen über die Eigentümerstrategie zu Investitionen in die erneuerbare Energieproduktion verpflichtet werden.



Umwelt- und Klimaschutz stärken

Unsere Lebensgrundlagen erhalten: Biodiversität, Umwelt- und Klimaschutz

Der fortschreitende Klimawandel hat weitreichende Folgen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Deshalb müssen wir den Ausstoss von Treibhausgasen rasch und konsequent senken. Gleichzeitig sind auf regionaler und lokaler Ebene stufengerechte Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wichtig.

Die Biodiversität ist für unsere Lebensqualität unabdingbar, steht jedoch unter enormem Druck. Mehr als ein Drittel der Tier- und Pilzarten sind bedroht, weitere 10% potenziell gefährdet. Damit gefährden wir auch unsere Lebensgrundlagen. Deshalb braucht der Kanton Aargau eine wirksame Politik, welche den Verlust an Biodiversität stoppt und auf die Wiederherstellung von verlorenen Ökosystemen setzt. Wir engagieren uns für gesunden Boden und Luft, weniger Lärm und Lichtverschmutzung sowie für die Reduktion von Mikroplastik.

Lebensräume schützen und vernetzen

Die bestehenden Schutzgebiete sind zu vergrössern und zu vernetzen. Nach der Umsetzung des Auenschutzparks sind insbesondere Moore zu regenerieren. Biodiversität und Wasserqualität sind im Aargau durch die intensive Landwirtschaft bedroht. Wir setzen uns für ein verbindliches Reduktionsziel bezüglich Stickstoffemissionen und für Anreize zur starken Reduktion von Pestiziden ein.

Klimaoasen im Siedlungsraum

Wir brauchen mehr Klimaoasen und mehr Biodiversität im Siedlungsraum. Mensch und Natur profitieren im Siedlungsraum von naturnah gestalteten Flächen. Wir fordern verbindliche Vorgaben für die Entsiegelung von befestigten Flächen in sickerfähige und begrünte Oberflächen, sowie die Begrünung von Dächern und Wänden auch gemeinsam mit Solaranlagen. Gezielt eingesetzte Wasser-Elemente tragen zu einem besseren Siedlungsklima bei und haben zugleich einen kühlenden Effekt.

Feuchtgebiete zur Speicherung von Wasser und CO2

Mit der Regeneration ehemaliger Feuchtgebiete könnte nebst der Biodiversitätsförderung gleichzeitig auch der Wasserrückhalt in der Landschaft verbessert und ein Beitrag an den Klimaschutz geleistet werden. Wir verlangen daher, dass der Kanton Aargau im Rahmen des Wald-Naturschutzprogramms 500 ha Feuchtgebietsflächen im Wald und im Rahmen einer Erweiterung des Labiola-Programms 500 ha Feuchtgebietsflächen im Kulturland schafft.

Weniger Abfall, mehr Kreislaufwirtschaft

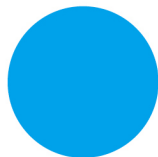
Wir produzieren zu viel Abfall (über 300 Kilogramm aus der Kehricht- und Sperrgutsammlung pro Person und Jahr) und rezyklieren zu wenig. Die Kehrichtverbrennung verursacht rund ein Drittel der CO2-Emissionen im Kanton Aargau. Deshalb fordern wir griffige Vorschriften zur Abfallvermeidung und zur Förderung der Kreislaufwirtschaft. Der Kanton Aargau soll als Vorbild vorangehen und Nachhaltigkeit sowie Lebenszyklus-Betrachtungen als zentrale Kriterien für alle Beschaffungen berücksichtigen.

Aargau wird Cleantech Standort Nr. 1

Wir fordern, dass unsere kantonalen Bildungs- und Forschungseinrichtungen PSI, FHNW, Park InnovAARE und das Hightech Zentrum sich zusammen mit der Wirtschaft als treibende Kraft im Cleantech-Bereich positionieren.

Nachhaltige Landwirtschaft unterstützen

Der Kanton Aargau soll sich als Vorreiter bei der Umweltbildung seiner Landwirte positionieren. Das Zentrum Liebegg soll seinen Fokus auf die nachhaltige Ernährung und Landwirtschaft setzen.



Verkehr & Raumplanung

Zukunftsorientierte Raumplanungs- und Verkehrspolitik - ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit

Mit zunehmender Bevölkerungszahl und Motorisierung geraten sowohl die Ressource Boden als auch die Verkehrsinfrastruktur zunehmend unter Druck. Neben den täglichen Pendlerströmen und dem Gütertransport beansprucht insbesondere der Freizeitverkehr unsere Strassen. Die Grünliberalen engagieren sich aktiv für eine griffige Raumplanungs- und Verkehrspolitik, die auf dem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, klarer Raumplanung und nachhaltiger Mobilität basiert.

Zersiedelung stoppen und funktionierende Quartiere

Dank verdichtetem Bauen kann Raum effektiver genutzt und Zersiedelung gebremst werden. Um verdichtetes Bauen im Kanton Aargau möglichst konsequent umzusetzen, fordern die Grünliberalen eine Abschaffung der Ausnützungsziffer, wenn bestimmte Qualitätskriterien erfüllt werden. Dies kann beispielsweise Bahnhofsnahe, Quartiergestaltung, oder Ähnliches sein. Quartiere zeichnen sich durch eine durchdachte Grundversorgung aus, die sicherstellt, dass die Bewohner alle notwendigen Dienstleistungen in unmittelbarer Nähe finden. Sie leisten so einen Beitrag zur Reduktion des Verkehrs.

Wir fordern, dass in den Bau- und Nutzungsordnungen (BNO) verpflichtend qualitative Aspekte zu berücksichtigen sind: Durchmischung von Wohnungen, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen, Förderung nachhaltiger Wohnformen, autoarmes Wohnen, etc.

Velo

Wir setzen uns ein für den Ausbau des Velonetzes, insbesondere überregionale Velovorzugsrouten. Vor allem die Veloverzugsrouten sollen die Strassen entlasten und eine alternative, umweltfreundliche Fortbewegung fördern.

Stärkung des öffentlichen Verkehrs

Wir setzen auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, um Fahrplanstabilität zu gewährleisten und so einen attraktiven und effizienten öV zu gewährleisten. Beispiele hierfür sind: Die Limmattalbahn im Bezirk Baden, Anbindung Sisslerfeld, Hochrheinlinie, Verbesserung der Nord-Süd Verbindungen, etc.

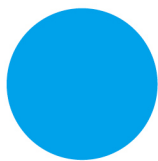
Zusätzlich fordern wir, dass der Kanton Pilotprojekte im öV Bereich prüft, beispielsweise autonome Fahrzeuge oder on Demand Service in weniger dicht besiedelten Gebieten.

Intelligenter Verkehr

Statt auf die Erweiterung der Strassenkapazität zu setzen, wollen wir neuralgisch Knotenpunkte entlasten, ohne auf teure und kapazitätssteigernde Strassenbauprojekte zu setzen. Dazu fordern wir Mobility Pricing, Stauinfo, aktive Verkehrssteuerung und Geschwindigkeitsanpassungen.

Güterverkehr und City Logistik

Wir unterstützen wirkungsorientierte Projekte wie zum Beispiel City Logistik Konzepte (städtische Güterverkehrskonzepte) oder das visionäre Projekt Cargo Sous Terrain. Denn sie helfen dabei, den Verkehr in den urbanen Zentren zu reduzieren und notwendige Fahrten maximal auszunutzen.



Gesundheitswesen

Die GLP setzt sich für einen starken Gesundheitskanton Aargau ein.

Wir befürworten einen hohen Eigenversorgungsanteil bei Gesundheitsleistungen und streben eine einheitliche Finanzierung an, um finanzielle Fehlanreize zu vermeiden. Prävention und gesundheitliche Eigenverantwortung sind uns wichtig. Wir streben nach Kooperationen über die Kantonsgrenzen hinweg im Gesundheitswesen.

Durch die integrierte Gesundheitsversorgung, d.h. eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der gesamten Behandlung vom Eintritt bis zum Austritt kann eine gute Behandlungsqualität bei gleichzeitig tiefen Kosten gewährleistet werden.

Prävention ist die beste Medizin. Die kostengünstigste Behandlung ist jene, die nicht benötigt wird; der günstigste Notfall ist jener, der vermieden werden kann.

Stärkung der ambulanten Grundversorgung

Die Grundversorgung muss in allen Regionen sichergestellt werden. Wir fordern mehr interkantonale Kooperation mit relevanten Akteuren. Der Mangel an medizinischer Grundversorgung erfordert entschlossenes Handeln und Entlastung bestehender Strukturen, wo möglich. Hausarztpraxen und Kinderarztpraxen sind zu stärken und die Selbstdispensation ist zuzulassen. Ebenso ist die Umwandlung von regionalen Spitälern in Ambulatorien anzustreben. Komplexe, stationäre Operationen sollen in Zentrumsspitalern durchgeführt werden.

Nutzung des digitalen Potentials

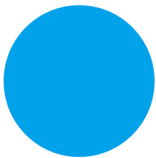
Wir befürworten die Weiterentwicklung digitaler Gesundheitslösungen, um die Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern und die Patientenversorgung zu verbessern. Wir fordern die verbindliche Einführung des elektronischen Patientendossiers. Der Kanton unterstützt dies mit finanzieller Unterstützung und Ausbildung. Der Schutz von sensiblen Gesundheitsdaten und die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards ist jederzeit zu gewährleisten.

Pflege zuhause

Wir setzen uns für eine Stärkung der Spitex ein, um den Übergang vom stationären Aufenthalt oder der ambulanten Operation nach Hause optimal zu begleiten. Wir fordern ein gezieltes Case- und Austrittsmanagement, um die Nachversorgung nach einem Spitalaufenthalt individuell sicherzustellen.

Wertschätzung der Pflege

Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte ein. Der Kanton als Besitzer grosser Kantonsspitäler spielt hierbei eine bedeutende Rolle. Der Kanton Aargau ist ein attraktiver Arbeitsplatz für Pflege- und Betreuungsfachkräfte.



Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung

Förderung einer nachhaltigen Digitalisierung für wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit

Mit einer gezielten Stärkung der Innovationskraft des Kantons wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen, um den Wohlstand im Kanton Aargau nachhaltig zu steigern. Wir streben eine digitale Transformation an, die ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Perspektiven und sozialen Ausgleich miteinander vereint, so, dass die Chancen und Vorteile, die durch die Digitalisierung entstehen, für alle Bevölkerungsschichten und Wirtschaftsbereiche zugänglich sind.

Innovation und Förderung von Start-ups

Wir setzen uns ein für Anreize und Förderprogramme, um innovative Projekte und Technologien in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs) zu unterstützen. Dies erreichen wir mit steuerlichen Anreizen und der Bereitstellung von Ressourcen für Forschung und Entwicklung, beispielsweise durch die Schaffung von Wissens-Netzwerken, den Ausbau des Hightech Zentrums oder Projekte wie der Park InnovaARE.

Wir fordern, dass der Kanton für Start-ups an attraktiver Lage, beispielsweise in unmittelbarer Nähe zu Technologieparks, günstigen Raum zur Verfügung stellt.

Nachhaltige Digitalisierung in der Verwaltung und der Justiz

Verwaltungsprozesse sollen durch den Einsatz von digitalen Technologien konsequent optimiert und neu gestaltet werden. Der Ausbau von E-Government-Dienstleistungen soll Bürgerinnen und Bürgern einen effizienten Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen bieten. Wir fordern, dass Digitalisierungsprojekte wie eBau Aargau oder Justitia 4.0 rasch umgesetzt werden.

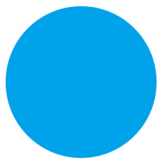
Staatliche und privatwirtschaftliche Aufgaben sollen getrennt werden

Der Kanton Aargau hält rund 50 Beteiligungen, für welche er im Schadenfall einzustehen hat, die er jedoch nur bedingt beaufsichtigen und steuern kann. Wir

fordern, dass der Staat nur dort aktiv ist, wo der Markt nicht funktioniert oder ein Marktversagen droht. Von allen anderen Beteiligungen soll sich der Kanton Aargau trennen. Dies betrifft insbesondere Unternehmen, welche keine originäre Staatsaufgabe haben.

Risiken der Energiekonzerne senken

Die Bilanz der Axpo übersteigt diejenige des Kantons deutlich. Dafür verantwortlich sind nicht die Infrastrukturbauten, sondern die Positionen aus dem Handel. Wir wollen, dass sich unsere Energiekonzerne um ihre Kernaufgabe kümmern. Statt LNG Handel in Singapur zu betreiben, sollen sie in die erneuerbare Energieproduktion, Speichermöglichkeiten und Netze investieren. Für eine bessere Aufsicht soll zudem die Eigentümerstruktur der Axpo vereinfacht und die Aktien der Axpo von AEW und Kanton zusammengeführt werden.



Steuern & Finanzen

Gesunde Finanzen und tiefe Steuern machen den Kanton attraktiv für die Bevölkerung und die Wirtschaft

Tiefe Steuern und gesunde Finanzen sind wichtig, um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein. Innovative und wertschöpfungsstarke Unternehmen bieten attraktive Arbeitsplätze und sorgen damit für die benötigten Steuereinnahmen. Ein liberales und zeitgemässes Steuersystem muss offen gegenüber den Arbeitsmodellen und dem Zivilstand sein.

Der Kanton soll nicht mehr Geld ausgeben als er einnimmt und wir wollen unseren Nachkommen keine Schuldenberge hinterlassen. Die vergleichsweise tiefe Staatsquote des Kantons Aargau möchten wir bewahren. Darum sind bei den Ausgaben klare Prioritäten zu setzen. Nur bei soliden Finanzen bleiben wir handlungsfähig und für zukünftige Herausforderungen und Krisen gewappnet.

Die Positionierung des Kantons Aargau im interkantonalen Vergleich muss verbessert werden. Der Steuerwettbewerb fördert dabei den effizienten Umgang mit den knappen Ressourcen des Staates und führt zu einem bedarfsgerechten Angebot an staatlichen Leistungen.

Tiefere Einkommenssteuern - Leistung soll sich lohnen

Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass Mehreinnahmen, beispielsweise durch die Anpassungen beim Schätzungswesen oder den Grundstückgewinnsteuern durch Tarifsenkung bei den Einkommenssteuern für mittlere Einkommen ausgeglichen werden. Leistung soll sich lohnen. Die Senkung der Einkommenssteuern für mittlere Einkommen setzt dazu die richtigen Anreize.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie steuerlich unterstützen

Die Individualbesteuerung ist zentral, um notwendige Erwerbsanreize für Zweitverdienende zu setzen. Das stärkt nicht nur die finanzielle Selbstständigkeit der Zweitverdienenden während der Erwerbstätigkeit, sondern auch deren Absicherung im Alter.

Im Kanton Aargau wollen wir die Erwerbsanreize verbessern, indem wir die Abzugsmöglichkeiten für Drittbetreuungskosten erhöhen. Wir fordern einen Maximalabzug für die Drittbetreuung jedes Kindes von 25'000 Franken. Damit wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und folglich die Beschäftigungsquote verbessert, was in Anbetracht des Fachkräftemangels wichtig ist.

Steuerabzug für das Pendeln muss weg

Der steuerliche Abzug für die Kosten für das Pendeln soll abgeschafft werden. Der Pendlerabzug fördert indirekt lange Arbeitswege und trägt damit zum schädlichen Verkehrswachstum bei. Auch hier sollen die potenziellen Mehreinnahmen durch eine Senkung bei den Einkommenssteuern kompensiert werden.



Bildung

Die Grünliberalen fordern eine chancengerechte und weitsichtige Bildungspolitik.

Stärkung der sprachlichen Fähigkeiten im Vorschulalter

Insbesondere Kinder aus bildungsfernen Familien oder fremdsprachigem Umfeld starten ihre Schullaufbahn unter erschwerten Bedingungen. Die bestehenden Angebote für Kinder im Vorschulalter müssen flächendeckend ergänzt und ausgebaut werden. Für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse soll der Besuch von Kursen zur frühen Sprachförderung obligatorisch sein.

Dem Bildungssystem sollen genügend ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen

Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene aber auch Berufsleute, die sich neu orientieren möchten, haben Anrecht auf eine umfassende und an die Bedürfnisse der Gesellschaft angepasste Aus- und Weiterbildung. Dafür muss das notwendige Personal zur Verfügung stehen. Deshalb fordern die Grünliberalen eine verstärkte Offensive zur Gewinnung von Lehrpersonen, welche auf vorhandene Qualifikationen Rücksicht nimmt, den Kernauftrag des Berufs ins Zentrum stellt und administrative Aufgaben im Zaum hält. Um die Fluktuation zu vermindern, muss einem gesunden Arbeitsumfeld besondere Beachtung gegeben werden.

Konsequente Digitalisierung mit der notwendigen Sorgfalt und Vorsicht

Die Digitalisierung bietet auch bei der Bildung enormes Potenzial. Die glp fordert, dass Lehr- und Lernmethoden sich auf die Entwicklungen einstellen und auf die kommenden Herausforderungen in Gesellschaft und Beruf vorbereiten. Wir wollen sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler sowie Erwachsene über die notwendigen digitalen Kompetenzen verfügen. Dabei sollen insbesondere auch sozial schwächere Gruppierungen von digitaler Bildung profitieren können. Die Digitalisierung darf aber nicht Selbstzweck sein, sie muss zu einem Mehrwert führen und den Lernerfolg erhöhen. Keinesfalls darf die Digitalisierung beispielsweise geringere soziale Kompetenzen verursachen, weshalb nur eine gesamtheitliche Betrachtung zum Erfolg führen wird.

Weitere Stärkung der integrativen Schule

Die Sonderschulquote liegt an den Aargauer Schulen deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt, was erhebliche Kosten nach sich zieht. Die GLP will die Integrationsfähigkeit der Volksschule weiter stärken. Dafür fordern wir Ressourcen, welche es den Schulen ermöglichen, die schulinternen Fähigkeiten der Integration weiter auszubauen. Dazu muss auch genügend ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen. Integration kann nur gelingen, wenn das System tragfähig ausgestaltet ist und das Lehrpersonal gesunde Arbeitsbedingungen vorfindet.

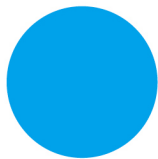
Förderung von lebenslangem Lernen

Im Verlaufe des Arbeitslebens muss die Möglichkeit bestehen, nötige Ausbildungsbausteine nachzuholen und entsprechende Diplome erwerben zu können. Der Kanton soll mit steuerlichen Anreizen dazu beitragen.

Wir setzen uns zudem für ein grosszügiges Stipendienwesen ein, damit Aus- und Weiterbildungen ausschliesslich eine Frage der Fähigkeiten und der Leistung sind und nicht des persönlichen finanziellen Hintergrundes.

14 statt 15 Jahre Volksschule auf dem gymnasialen Weg

Aargauer Kantonsschülerinnen und Kantonsschüler sind beim Start des Studiums ein Jahr älter als ihre Mitstudierenden, da ihre Ausbildung zur Maturität mit 3 Jahren Bezirksschule und 4 Jahren Kantonsschule ein Jahr länger dauert. Dies führt dazu, dass tendenziell auch der Berufseinstieg nach dem Studium 1 Jahr später stattfindet. Durch diese Entschleunigung unseres Schulsystems verzögert sich auch die Karriereentwicklung. In jungen Jahren zählt jedes Jahr. Dies ist für Frauen noch wichtiger, denn die Kombination von Karriere und Familie soll gut geplant sein.



Vereinbarkeit von Familie & Beruf

Die Grünliberalen setzen sich für mehr Förderung der Kinderbetreuungsangebote ein.

Familie und Beruf müssen aufeinander abgestimmt sein. Um dies sicherzustellen, braucht es bezahlbare schulergänzende Betreuungsangebote, welche den ganzen Tag abdecken. Denn Kinder sind aktuell das grösste Armutsrisiko in der Schweiz. Bestehende Lücken bei den Tagesstrukturen müssen geschlossen und ein wirksames Controlling auf Stufe Kanton eingeführt werden. In Ergänzung dazu fordern die Grünliberalen die Einführung von freiwillig nutzbaren Tagesschulen als Teil der Volksschule.

Ein revidiertes Kinderbetreuungsgesetz im Kanton Aargau

Die GLP fordert ein Kinderbetreuungsgesetz, welches nicht nur Wünsche verfasst, sondern dem Kanton eine Verantwortungsrolle zumisst. Wir fordern, dass der Kanton die Umsetzung des KiBeG in den Gemeinden überprüft und sicherstellt, dass sie ihren Auftrag erfüllen, was heute noch nicht überall gewährleistet ist.

Finanzielle Beteiligung des Kantons an der Kinderbetreuung

Wir befürworten die Subjektfinanzierung, da dadurch gewährleistet ist, dass Eltern Betreuungsangebote ihren Bedürfnissen entsprechend zusammenstellen können. Wir fordern, dass sich der Kanton finanziell an den Kinderbetreuungskosten beteiligt.

Der Kanton soll zudem mit Fachstellen und Organisationen, welche Beratungs- und Weiterbildungsangebote im Bereich Kinderbetreuung anbieten, eine Leistungsvereinbarung abschliessen und die Leistung finanziell abgelden.

Zusammenschluss der Themen Bildung und Betreuung in einem Departement

Die GLP fordert, dass die Themen Bildung und Kinderbetreuung in einem Departement zusammengeführt werden. Dadurch sollen Ausbildung, Betreuung und Tagesstrukturen optimal koordiniert und abgestimmt sowie gemeinsam weiterentwickelt werden.

Asylwesen und Integration

Die Grünliberalen fordern eine Migrationspolitik auf Grundsätzen von Integration, wirtschaftlichen Bedürfnissen der Schweiz und geltenden Menschenrechten.

Die GLP anerkennt die schwerwiegenden geopolitischen und klimabedingten Fluchtgründe in vielen Herkunftsländern der Asylsuchenden. Die aktuellen Flüchtlingsströme sind nur gemeinsam mit der EU zu bewältigen. Wir stehen hinter Frontex und setzen uns für eine faire Verteilung der Asylsuchenden sowie eine rasche Bearbeitung der Anträge ein.

Schnelle Durchführung von Asylverfahren

Die GLP erwartet seitens Bund rasche Asylverfahren in enger Zusammenarbeit mit der EU, die faire Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU und möglichst viele ausgehandelte Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern, damit abgelehnte Asylsuchende auch ausgewiesen werden können.

Förderung von Integration ist der Schlüssel zum Ziel

Bildung, Spracherwerb und Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Erwerbstätigkeit sind massgebend für eine erfolgreiche Integration. Integrationsmassnahmen werden durch die GLP gefördert und unterstützt; Fehlender Integrationswille von Migranten/Migrantinnen wird hingegen nicht gebilligt und entsprechende Sanktionierung gefordert.

Klare Zuweisungskriterien für Aufenthaltsbewilligungen

Die Weiterführung des Status S für Ukrainer*innen sieht die GLP kritisch. In Anbetracht dessen, dass aber bereits viele Ukrainer*innen eine Arbeitsstelle innehaben und/oder Integrationsmassnahmen besuchen, wird die Umwandlung des Status S in Status N ebenfalls als nicht zielführend erachtet. Für die Beurteilung des Aufenthaltsrechts sind aus Sicht der GLP die regionale Herkunft sowie der bereits erfolgte Integrationserfolg massgebend. Unter diesen Bedingungen sind Status F oder Härtefall B als mögliche Aufenthaltsbewilligungen in Betracht zu ziehen.

Sichere, geschlechtergetrennte Infrastrukturen mit Beschäftigungsprogrammen

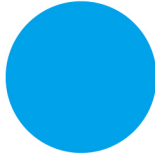
Die GLP anerkennt, dass die Unterbringung aufgrund der aktuell grossen Flüchtlingsströme herausfordernd ist. Nichtsdestotrotz sieht es die GLP aufgrund der ungleichen Geschlechterverteilung bei den Flüchtenden als dringend notwendig, die Unterbringung von Familien, Frauen, Müttern mit Kindern sowie UMAs separat zu regeln.

Die GLP fordert, dass der Kanton Aargau zusätzliche Anstrengungen unternimmt, um die Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen zu vermeiden. Zudem sind die Unterkünfte so auszustatten, dass Bahnhöfe oder dergleichen als Treffpunkte obsolet werden. Die GLP erachtet ein Beschäftigungsprogramm, etwa im Bereich Littering, als sinnvolle Tagesstruktur, bis der Asylentscheid vorliegt.

Konsequente Umsetzung ausländerrechtlicher Massnahmen bei Sozialhilfebezug

Die GLP fordert, dass alle Gemeinden im Kanton den Sozialhilfebezug ihrer ausländischen Wohnbevölkerung dem MIKA melden, um Exzesse zu verhindern. Vom MIKA wird erwartet, dass Herabsetzungen der Niederlassungsbewilligung oder Entzüge der Aufenthaltsbewilligung konsequent geprüft und rasch umgesetzt werden. Es wird zudem erwartet, dass das MIKA potenziell Betroffene frühzeitig verwarnt, um eine Herabsetzung/Entzug bei Bedarf rasch möglichst umsetzen zu können.





Grünliberale Partei Aargau | www.ag.grunliberale.ch | mail: ag@grunliberale.ch

Grünliberale.
créateurs d'avenir